

Infobrief Bildung



CDU-Landtagsfraktion · Kaiser-Friedrich-Straße 3 · 55116 Mainz

www.ferien-in-rlp.de

Die Ferienregelungen an den Schulen des Landes wurden seit Jahren nicht verändert. Verändert hat sich aber unsere Gesellschaft. Passt die bestehende Ferieneinteilung überhaupt noch in unsere heutige Zeit?

Die Herbstferien etwa haben ihre alte Funktion der Erntehilfe weitestgehend verloren. Die Sommerferien stellen für berufstätige Eltern häufig eine große Herausforderung bei der Betreuung ihrer Kinder dar.

Je nach Lage der Sommerferien entstehen sehr lange Sommer- und sehr kurze Winterhalbjahre. Durch die Etablierung von Pfingstferien, ggf. je nach Lage der Sommerferien, könnte man dem entgegenwirken und so zu pädagogisch sinnvolleren Unterrichtsabschnitten gelangen.

Was meinen Sie? Sind die bestehenden Ferienregelungen sinnvoll und familienfreundlich? Wir wollen, die von uns angestoßene Debatte im Land weiterführen und noch stärker die Betroffenen zu Wort kommen lassen. Machen Sie mit bei unserer Umfrage

www.ferien-in-rlp.de

Presseinformation

- Bettina Dickes: „Rheinland-Pfalz wieder nur Mittelmaß“, 19. August 2014, Nr. 225/ 2014
- Martin Brandl: „Berufsorientierung muss gestärkt werden“, 22. August 2014, Nr. 228/ 2014
- Bettina Dickes: „Individuelle Förderung anstatt Gleichmacherei“, 17. Juli 2014, Nr. 201/ 2014
- Bettina Dickes: „CDU-Landtagsfraktion startet Online-Umfrage „Ferien-in-rlp.de“, 30. September 2014, Nr. 262/ 2014

Anfragen

Die nachfolgenden Drucksachen erhalten Sie [hier](#).

- Beendigung von Vertretungsverträgen, Drs. 16/ 3880, 3881 3883, 3890, 3891, 3892, 3893, 3894, 3895, 3896, 3900, 3901, 3902, 3903, 3904, 3911, 3938
- Studienperspektiven nach dem Abitur, Drs. 16/ 3822
- Lehrerfortbildung, Drs. 16/ 3839
- Schulträgerausschuss Neuwied, Drs. 16/ 3840
- Sommerferien, Drs. 16/ 3842
- Vertretungsverträge zum Schuljahreswechsel, Drs. 16/ 3846
- Ganztagschule, Drs. 16/ 3851
- Einstellungssituation, Drs. 16/ 3936

Initiativen

- Antrag „Schulferien im Sinne von Familien, Schüler und Lehrer neu ordnen“, 16.09.2014, Drs. 16/ 3965
- Antrag „Sprachkompetenz stärken – Deutsch als Schlüssel zur Integration“, 17.09.2014, Drs. 16/ 3972

Anlage:

19.08.2014
Nr.225/2014

Bildungsmonitor 2014

Bettina Dickes/ Dorothea Schäfer: Rheinland-Pfalz wieder nur Mittelmaß

„In Sachen Bildung spielt Rheinland-Pfalz schon wieder nur im unteren Mittelfeld mit“, erklären die bildungspolitische Sprecherin, Bettina Dickes, MdL und die hochschulpolitische Sprecherin, Dorothea Schäfer, MdL. Der Bildungsmonitor 2014 sieht Rheinland-Pfalz nur auf dem zehnten Platz.

„Bei aller Kritik am Ranking des Bildungsmonitors: Die Vielzahl der unterdurchschnittlich bewerteten Handlungsfelder zeigen die Lücken im rheinland-pfälzischen Bildungssystem auf. Besonders besorgniserregend ist der berufsbildende Bereich. Die Studie zeigt klar, dass die Schüler-Lehrer-Relation hier deutlich schlechter als an den allgemeinbildenden Schulen des Landes, aber auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist. In den weiteren Kategorien der beruflichen Bildung belegt Rheinland-Pfalz auch nur hintere Plätze. Gerade vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels muss die Landesregierung endlich gegensteuern und die Unterrichtsversorgung im Land sicherstellen“, so Bettina Dickes.

„Auch bei den Hochschulen bleibt Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich abgehängt. Die Betreuungsrelation an den Hochschulen ist seit Jahren schlecht. Auch die Forschungsorientierung bleibt in Rheinland-Pfalz zurück. Das kann die Landesregierung nicht weiter mit historisch gewachsenen Strukturen entschuldigen. Die SPD hatte mehr als zwanzig Jahre Zeit, die Hochschullandschaft zu gestalten. Rot-Grün setzt die falschen Schwerpunkte. Die Abschaffung von Langzeitstudiengebühren und die Gründung einer Friedensakademie sind nicht die richtigen hochschulpolitischen Akzente“, erklärt Dorothea Schäfer.

IHK Pfalz/ Umfrage Ausbildungsfähigkeit

Martin Brandl: Berufsorientierung muss gestärkt werden

„Angesichts der wachsenden Zahl junger Menschen, die nicht ausbildungsfähig sind, muss ein Sofortprogramm her“, so der wirtschaftspolitische Sprecher und Mitglied im Bildungsausschuss, Martin Brandl. Hintergrund ist die Veröffentlichung der Umfrage der IHK Pfalz. 89 Prozent der Pfälzer Betriebe geben die mangelnde Ausbildungsfähigkeit als Grund für die Nichtbesetzung von Ausbildungsplätzen an. Dieser Wert liegt über dem bundesweiten Wert von 83 Prozent.

„Es ist verheerend für die jungen Menschen, aber auch für die Wirtschaft, wenn junge Menschen trotz Bewerbermangels noch immer keinen Ausbildungsplatz erhalten. Die Schuld liegt nicht bei der Wirtschaft, sondern bei der Landespolitik. Rot-Grün hat viel zu lange allein auf Quoten und die Einebnung von Leistung gezielt. Ergebnis ist, dass die Qualität der Schulabschlüsse sinkt. Deshalb brauchen wir ein ‚Sofortprogramm Berufsorientierung‘, das die Qualität der Bildungsabschlüsse garantiert und jungen Menschen hilft, sich auf dem Arbeitsmarkt zu orientieren. Zu den Maßnahmen zählen die Bekämpfung des Rekordunterrichtsausfalls an berufsbildenden Schulen und den Realschulen plus, u.a. durch eine leistungsorientierte und flexibilisierte Besoldung sowie zeitlich befristete Gehaltszuschläge für Lehrer in Mangelfächern, die Einführung zentraler Schulabschlüsse, auch für die Berufsreife und den Sekundarabschluss, die verstärkte Kooperation von allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie die flächendeckende Etablierung des Praxistages ab Klasse sieben in Berufsreifeklassen und -kursen“, so Martin Brandl.

08.09.2014
Nr.243/2014

Schulstart in Rheinland-Pfalz

Bettina Dickes: Individuelle Förderung anstatt Gleichmacherei

„Kinder sind individuell, so sollte auch die Schullandschaft in Rheinland-Pfalz sein“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. Die Rot-Grüne Bildungspolitik im Land versäumt es jedoch, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Berufsbildende Schulen seien weiterhin abgehängt und Schulen in Sachen Inklusion weder personell, konzeptionell noch strukturell ausreichend ausgestattet.

„Mit der Brechstange anstatt mit einem schlüssigen Konzept setzt die Landesregierung die Inklusion in Rheinland-Pfalz durch. Allein in diesem Schuljahr steigt die Zahl der Inklusionsschüler um fast zwölf Prozent, ohne dass die Schulen angemessen darauf vorbereitet sind. Lehrer und Schüler werden mit zusätzlichen Aufgaben konfrontiert, ohne dass das Land die Voraussetzung für die optimale Ausstattung mit Lehrpersonal schafft. Bei der gleichzeitigen Unterrichtung von Schülern mit und ohne Förderbedarf müssen neue personelle und bauliche Veränderungen erfüllt sein, um eine gute Schulqualität zu erreichen. Nicht die Quote sollte der Maßstab sein, sondern das Wohl des Kindes. Die Wahlfreiheit zwischen Förderschule und Schwerpunktschule muss deshalb auch in Zukunft erhalten bleiben“, fordert die bildungspolitische Sprecherin.

Zum Schuljahresbeginn hat die Landesregierung kaum neue Konzepte für die Stärkung der Berufsbildenden Schulen. „Statt die Karrierewege der dualen Ausbildung stark zu machen, setzt die Landesregierung weiter auf eine höhere Abiturquote. Auch die mangelnde Ausbildungsreife ist ein

Problem für Schulabgänger. Genau hier aber ist Rot-Grün über Jahre tatenlos geblieben. Rheinland-Pfalz braucht ein Sofortprogramm zur Stärkung der dualen Bildung: Zentrale, vergleichbare Abschlüsse und Anreize für Fachlehrer an Berufsbildenden Schulen durch eine leistungsorientierte und flexibilisierte Besoldung sowie zeitlich befristete Gehaltszuschläge“, erklärt Bettina Dickes.

30.09.2014
Nr.262/2014

Diskussion über Neuordnung der Schulferien

Bettina Dickes: CDU-Landtagsfraktion startet Online-Umfrage „Ferien-in-rlp.de“

„Wir wollen eine breite Debatte über eine Reform der Schulferien. Deshalb haben wir jetzt unter ‚Ferien-in-rlp.de‘ auch eine online-Umfrage gestartet“, so heute die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Bettina Dickes. Die Landtagsdebatte in der vergangenen Woche habe gezeigt, dass es beim Thema Schulferienreform eine Menge Gesprächsbedarf gibt.

„Wir wollen die Meinung von allen hören, die beteiligt sind. In der von uns angestoßenen Debatte sollen nicht nur Vereinigungen und Verbände zu Wort kommen, sondern insbesondere auch Eltern und Schüler. Denn hier geht es um den Alltag der Familien im Land.“

Dickes erinnert daran, dass die Schulferien seit Jahrzehnten unangetastet geblieben sind, sich die Lebensumstände von Familien jedoch massiv gewandelt haben: In immer mehr Familien seien beide Elternteile berufstätig. Da stelle die Betreuung der Kinder in den Ferienzeiten eine große Herausforderung dar. Eine Neuordnung der Schulferien könnte für alle Betroffenen Abhilfe schaffen.

„Auf der Internetseite **Ferien-in-rlp.de** haben alle Schüler, Eltern und Lehrer die Chance, ihre Position in die Debatte mit einzubringen und ihre Sichtweise deutlich zu machen. Das ist Partizipation, wie sie von Rot-Grün häufig gefordert, aber selten eingehalten wird.“

A N T R A G

der Fraktion der CDU

Schulferien im Sinne von Familien, Schülern und Lehrern neu ordnen

Die Ferien gliedern das Schuljahr, sodass zeitliche Abschnitte entstehen, die im Sinne einer durchdachten Bildungsplanung inhaltlich gefüllt werden. Deshalb sollten die Abstände zwischen den Schulferien wohl bemessen sein. Zu geringe Abstände führen zu gedrängten Unterrichtseinheiten, längere Zeitabstände lassen sich kaum in einen inhaltlichen Spannungsbogen bringen. Die Aufnahmefähigkeit der Schüler nimmt ab, so dass eine motivierende, schülerzentrierte Unterrichtsgestaltung immer schwieriger wird. Vor allem im Sommerhalbjahr ist dies in den Schulen ein großes Problem für Lehrer und Schüler.

Die Ferienzeiten sind seit Jahrzehnten fast unverändert. Sie tragen gesellschaftlichen Veränderungen kaum Rechnung. So hat sich die Bedeutung der Herbstferien massiv gewandelt. Waren sie zu Beginn noch eine Auszeit, um die landwirtschaftliche Ernte zu erleichtern, haben sie heute diese Funktion völlig verloren und dienen lediglich als Unterteilung des ersten Schulhalbjahres. Jedoch sind allzu häufig die zeitlichen Abstände zwischen den Sommerferien und den Herbstferien recht gering, so dass nicht selten eine ungute Häufung von Klassenarbeiten auftritt.

Die Sommerferien stellen für berufstätige Eltern eine Herausforderung dar. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird auf eine harte Probe gestellt, die in vielen Fällen ohne den Einsatz der Großeltern nicht zu meistern wäre. Eine längere Unterbrechung der Schulzeit in den Sommermonaten ist für die Schüler äußerst sinnvoll. Jedoch sollte ermittelt werden, inwiefern sich die Eltern eine familienfreundliche Flexibilisierung der Sommerferien wünschen. Da die Sommerferien auf der Ebene der Kultusministerkonferenz geregelt werden, sollte auch dort ein Diskussionsprozess begonnen werden.

Vier Bundesländer kennen neben den üblichen Ferienzeiten auch die Pfingstferien. Sie haben den Vorteil, dass das zumeist lange Sommerhalbjahr besser strukturiert wird. Für viele Familien entsteht die Möglichkeit einen gemeinsam Urlaub zu verbringen, da angesichts der Gesamtbelastungen, die Familien heute zu stemmen haben, es für viele kaum möglich ist, in der Hauptsaison einen Urlaub zu bezahlen. Mit einer Etablierung von Pfingstferien können Familien ohne Aufwendung zusätzlicher öffentlicher Mittel massiv entlastet werden, so dass sie in der Lage sind, ihren Kindern durch einen Urlaub neue Eindrücke und Kenntnisse zu vermitteln. Zudem kann durch die Einführung von Pfingstferien das in vielen Fällen sehr lange Sommerhalbjahr besser strukturiert werden, damit auch die letzten Schulwochen vor den Sommerferien besser genutzt werden können.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- im Rahmen der Kultusministerkonferenz einen Diskussionsprozess über eine familienfreundliche Flexibilisierung der Sommerferien zu beginnen;
- in Rheinland-Pfalz mit Familienverbänden, Landeselternvertretung, Lehrerverbänden, Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie mit der Landeschülerversammlung und dem Landesjugendring die

Einführung von Pfingstferien zu erörtern;

- mit den genannten Vertretern und Verbänden zu entscheiden, welche Ferienzeiten gegebenenfalls zugunsten von Pfingstferien gekürzt werden sollten.

Landtag Rheinland-Pfalz
- CDU-Fraktion -

Mainz, den 17. September 2014

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Sprachkompetenz stärken - Deutsch als Schlüssel zur Integration

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist das entscheidende Kriterium, um an den maßgeblichen Bereichen unserer Gesellschaft erfolgreich teilhaben zu können. Schon die Vermittlung der grundlegenden Kulturfertigkeiten in Kindergarten und Schule geschehen über die deutsche Sprache. Sollte ein Kind aufgrund mangelnder Sprachfähigkeit hier nicht folgen können, wird sich die Bildungslücke zwischen ihm und den anderen Kindern dauerhaft öffnen. Die Konsequenz sind viel zu häufig ein weit unterdurchschnittliches Abschneiden in den weiterführenden Schulen und eine anschließende berufliche Perspektivlosigkeit.

Kinder mit Migrationshintergrund sind hiervon besonders betroffen. Insbesondere Kinder von Flüchtlingsfamilien und Familien, die erst jüngst aus den östlichen EU-Mitgliedstaaten zugezogen sind, stellen für die Kindertagesstätten und Schulen eine besondere Herausforderung dar. Denn oftmals sprechen diese Kinder gar kein Deutsch oder verfügen lediglich über rudimentäre Deutschkenntnisse. Rheinland-Pfalz hat ihnen gegenüber eine besondere Verpflichtung, nach traumatischen Erlebnissen und häufig dramatischer Migrationsgeschichte, in Rheinland-Pfalz eine Perspektive zu bieten. Es ist nicht redlich, sich für die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen stark zu machen und gleichzeitig nicht für gute Aufnahmebedingungen zu sorgen.

Die Kindertagesstätten in Rheinland-Pfalz sind mit einem Abschmelzen der Sprachfördermittel konfrontiert. Dies macht es ihnen immer schwerer, die Kinder, die die meiste Unterstützung benötigen, gut auf die Schule vorzubereiten. So wird wiederum deutlich, dass die „Kostenlos-Politik“ der Landesregierung an ihre Grenzen stößt. Denn es sind die Schwächsten, die darauf angewiesen sind, dass in den Kindertagesstätten eine gute Sprachförderung stattfindet. Ihnen schadet eine Beitragsfreiheit am meisten, die auf Kosten der Qualität des Kindergartens geht. Die Wiedereinführung sozial gestaffelter Kindergartenbeiträge ermöglicht hingegen zusätzliche Mittel, die zugunsten der Kinder in eine effektive Sprachförderung investiert werden können, ohne kinderreiche und einkommensschwache Familien zu belasten.

Bisher werden schulpflichtige, aus dem Ausland zugezogene Kinder und Jugendliche einzelnen Schulen zugeteilt. Die Schulen haben dann die Aufgabe, mit Unterstützung von Förderkontingenten eine Sprachförderung neben dem eigentlichen Unterricht zu organisieren. Auch diese Sprachförderkontingente wurden insbesondere in der Sekundarstufe I in den vergangenen Jahren nicht an die aktuelle Entwicklung angepasst.

Vielfältige Erfahrungen zeigen darüber hinaus, dass sich durch die schlechten Sprachkenntnisse Zuordnungen zu sozialen Gruppen in der Schule festigen, die nur schwer wieder aufgebrochen werden können. Zudem ist es dem Bildungserfolg nicht zuträglich, wenn Schüler über Wochen und manchmal Monate an einem Unterricht teilnehmen, den sie nicht verstehen. Es besteht die Gefahr,

dass sich aufgrund von Unterforderung und Langeweile ein unterrichtsstörendes Verhalten etabliert. Der integrative Ansatz der Sprachförderung, also die Teilnahme von Schülern mit grundlegendem Sprachförderbedarf am Regelunterricht, kann deshalb erst ansetzen, wenn die Schüler bereits über grundlegende Deutschkenntnisse verfügen.

Vor diesem Hintergrund ist das Konzept des Projekts der Starterklasse der Anne-Frank-Realschule Mainz sehr beeindruckend, das darauf setzt, den Schülern anderer Sprachherkunft gemeinsam in einem Sprachvorlaufkurs innerhalb weniger Wochen und Monate die unterrichtsspezifischen Sprachkenntnisse in Deutsch zu vermitteln. Auch die kulturelle Integration kann so in einem geschützten Raum schrittweise erfolgen. Erst wenn der einzelne Schüler individuell über ausreichende Sprachkenntnisse verfügt, besucht er den regulären Unterricht einer zu seinem Begabungsprofil passenden Schule. Das eröffnet die Chance, die Schüler besser kennenzulernen und sie zielgenauer den einzelnen Schularten zuzuweisen.

Die Sprachförderung sollte auch die Verantwortung und Erziehungsleistung der Eltern berücksichtigen und stärken. Denn das familiäre Sprachverhalten ist extrem wichtig für den Lernerfolg des Kindes. Eine stärkere Vernetzung der Sprachförderung des Kindes in Kindertagesstätte und Schule mit dem Spracherwerb und der Sprachpraxis der Eltern kann enorm positive Synergieeffekte mit sich bringen.

Da das Erlernen einer Sprache vor allem in jungen Jahren sehr viel einfacher gelingt als in den darauf folgenden Entwicklungsphasen, sollte eine verbindliche Sprachstandserhebung schon zwei Jahre vor Einschulung des Kindes verbindlich erfolgen. Auf diese Weise können alle Kinder eines Jahrgangs mit einem Förderbedarf erkannt und gefördert werden. Denn grundsätzlich sollte gelten, dass kein Schüler in Rheinland-Pfalz den Regelunterricht besuchen sollte, soweit er noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügt. Das ist vor allem auch als Selbstverpflichtung des Landes zu verstehen, hierfür die passenden Voraussetzungen zu schaffen.

Der Landtag spricht sich deshalb dafür aus,

1. eine verbindliche Sprachstandserhebung im vierten Lebensjahr für alle rheinland-pfälzische Kinder in den Kindergärten durchzuführen;
2. die Sprachförderung in Kindertagesstätten nicht weiter zu reduzieren, sondern bedarfsgerecht auszubauen.
3. ein Jahr vor der Einschulung sicher zu stellen, dass durch einen verpflichtenden Schuleingangstest und ggf. Vorlaufkursen kein Kind in Rheinland-Pfalz ohne ausreichende Sprachkenntnisse eingeschult wird;
4. die integrative Sprachförderung für jüngst nach Deutschland zugezogene Schüler zugunsten von intensiven Deutschvorlaufkursen umzugestalten;
5. im Rahmen der Sprachförderung auch die Erziehungsleistung der Eltern der betroffenen Kinder in wachsendem Maße einzubinden und zu stärken.